

DAK-Report: Menschen in Rheinland-Pfalz verlieren das Vertrauen in die Pflegeversorgung

- Aktuelle Allensbach-Umfrage im Auftrag der DAK-Gesundheit zeigt Erwartungen an große Pflegereform
- Fast 50 Prozent der Befragten in Rheinland-Pfalz rechnen in Zukunft mit schlechterer Versorgung
- DAK-Landeschef Rainer Lange fordert strukturelle Neuausrichtung der Pflegeversicherung

Mainz, 10. März 2026. In Rheinland-Pfalz gibt es einen großen Vertrauensverlust der Bevölkerung in die Pflegeversorgung: 64 Prozent der Menschen bewerten die Pflegesituation derzeit als nicht oder gar nicht gut. Fast jeder Zweite rechnet mit einer Verschlechterung innerhalb der nächsten zehn Jahre. Das geht aus einer aktuellen repräsentativen Umfrage durch das Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) im Auftrag der DAK-Gesundheit hervor. Diese zeigt die Erwartungen der Menschen in Rheinland-Pfalz an Politik und Pflegereform auf: 89 Prozent der Befragten fordern, dass die Pflege in Deutschland „für alle bezahlbar“ werden müsse. Hohe Kosten für die Pflege im Heim werden als eines der zentralen Probleme benannt. Ende 2025 hatte die von Bundesgesundheitsministerin Nina Warken eingesetzte Bund-Länder-Kommission „Zukunftspakt Pflege“ ihre „Roadmap“ für die angekündigte große Pflegereform vorgelegt.

„Unser DAK-Pflegereport zeigt eine große Verunsicherung der Bevölkerung in Rheinland-Pfalz“, sagt Rainer Lange, Landeschef der DAK-Gesundheit. „Die Ergebnisse der Allensbach-Befragung sehe ich als Auftrag an die Politik in Bund und Ländern. Die Menschen müssen der Absicherung durch die Pflegeversicherung vertrauen können. Wesentlich dabei ist, die bekannten Probleme in der Finanzierung und Versorgung zu lösen. Jetzt muss eine Reform mit einer strukturelle Neuausrichtung der Pflegeversicherung kommen, die die Menschen in der Region ausreichend, verlässlich und bezahlbar absichert.“

Für den DAK-Pflegereport hatte das Institut für Demoskopie Allensbach gemeinsam mit Studienleiter Prof. Dr. Thomas Klie bundesweit rund 4.400 Menschen zwischen 16 und 75 Jahren befragt, davon 240 in Rheinland-Pfalz. Die Ergebnisse zeigen die Erwartungen, Ängste und

Herausforderungen der Bevölkerung auf. Demnach sehen 73 Prozent der Befragten die Finanzierung der Pflegeversicherung als nicht gesichert an.

Große Sorge um verlässliche Pflegeversorgung

Die Mehrheit der Menschen in Rheinland-Pfalz sieht die Pflegeversorgung gefährdet: 64 Prozent der Befragten empfinden diese als nicht gut oder gar nicht gut. 46 Prozent gehen davon aus, dass sich die Situation in den kommenden zehn Jahren weiter verschlechtert. Wie im Bund sehen die Befragten in Rheinland-Pfalz die größten Probleme im Bereich der Finanzierung: 72 Prozent der Befragten nennen an erster Stelle die hohen Kosten für Pflegebedürftige und ihre Familien bei stationärer Pflege. Es folgen mit 70 Prozent der Personalmangel und fehlende Pflegekräfte. 65 Prozent bewerten die Finanzierung des gesamten Pflegesystem als größtes Problem.

Bevölkerung fordert bezahlbare Pflege

89 Prozent sehen es als wichtigstes Ziel, die Pflege für alle Menschen bezahlbar zu machen. 85 Prozent erwarten eine langfristige Sicherung der Finanzierung. Für 78 Prozent die Deckelung der Pflegeheimplatzkosten ist wichtig, während sich 70 Prozent eine Vereinfachung des Leistungssystems wünschen. Eine große Mehrheit (84 Prozent) der Befragten in Rheinland-Pfalz erlebt es als ungerecht, nach langjähriger Einzahlung in die Pflegeversicherung bei Pflegebedarf nicht ausreichend abgesichert zu sein. 87 Prozent sind überzeugt, dass die Pflege für viele Menschen schlicht nicht mehr bezahlbar ist. Knapp drei Viertel fürchten durch die Kosten überfordert zu werden, sollten sie selbst pflegebedürftig werden. 73 Prozent der Befragten setzen Pflege mit einem Armutsrisiko für Pflegebedürftige und ihre Familien gleich.

Mehrheit fordert staatliche Zuschüsse zur finanziellen Absicherung

Um die Finanzierung der sozialen Pflegeversicherung auf ein zukunftssicheres Fundament zu stellen, sieht die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Rheinland-Pfalz den Staat in der Pflicht: Mehr als die Hälfte der Befragten (55 Prozent) findet, es sei ausschließlich Sache des Staates und der gesetzlichen Pflegeversicherung, einen Pflegebedarf abzusichern. 50 Prozent finden, es sollten staatliche Zuschüsse oder Steuermittel eingesetzt werden, um die Absicherung von Pflegebedürftigen sicherzustellen. 54 Prozent finden, Vermögende sollten im Pflegefall stärker an den Pflegekosten beteiligt werden. 48 Prozent halten eine Beitragserhöhung für vermögende oder gutverdienende Menschen für den richtigen Weg. Ein klares Meinungsbild gibt es auch zur Überlegung der Bund-Länder-Arbeitsgruppe, eine private Pflegezusatzversicherung einzuführen: Nur 27 Prozent befürworten dies.

Bundesweit sind rund 5,4 Millionen Menschen bei der DAK-Gesundheit versichert. Aktuell beziehen rund 560.000 davon Leistungen der Pflegekasse. Angebote zum Thema Pflege unter [Pflege: Tipps und Leistungen \(dak.de\)](https://www.dak.de/pflege-tipps-und-leistungen)